

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/131

Bonn, den 16. Juli 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 "Bundeszentrale für Sport"? 69

Sportpolitik der SPD findet erneut ihre Bestätigung
Die Diskussion muß versachlicht werden

Von Ernst Dieter Schnickler

2 - 2 a Waldeck Rochet zwischen Kreml und Eradschin 65

Frankreichs Kommunisten auf der Reise ins Ungewisse

Von Georg Scheuer, Paris

3 - 4 M O S K A U 1968 88

Die Politik des Gewaltverzichts ist erst am Anfang - nicht am Ende

Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB

SELBSTERSTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Spätaussiedlerstrom rückläufig
Die Opposition der Völker Ost-Mitteleuropas
Hundert Jahre Görlitzer Arbeiterbewegung
Anfrage wegen der Ausgleichsämter
Nachbarschaftsbesuch in der Tschechoslowakei
EWG sollte Handel mit Osteuropa steigern
Schlesisches Studentenseminar in Würzburg
Unser Gewissen drängt uns
Schlesier wurde SPD-Landessekretär

* * *

*

"Bundeszentrale für Sport"?

Sportpolitik der SPD findet erneut ihre Bestätigung

Von Ernst Dieter Schmickler

Nur selten hat in den letzten Jahren eine "bürokratisch-sportliche" Initiative soviel Wirbel ausgelöst, wie die, nach einer Verlautbarung des Leiters der Sportabteilung des Innenministeriums, Dr. Cornelius von H o v o r a , zunächst nur als "private" Studie eines Beamten der Abteilung, später jedoch "nur" als Entwurf auf Referentenebene deklarierten Vorstellungen über die Errichtung einer Bundeszentrale für Sport.

Nach den Darlegungen des Abteilungsleiters wurde der einzige außerhalb des Ministeriums existierende Entwurf durch eine "bewußte" Indiskretion des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Sportbundes, Karl Heinz G i e s e l e r , der Presse und damit der breiten Öffentlichkeit bekannt. Gieseler hingegen distanzierte sich von den heftigen Vorwürfen gegen ihn und versicherte, die Studie sei nicht durch ihn publiziert worden.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sportabteilung des Innenministeriums und dem DSB, der in der Verwirklichung der Studie die Gefahr einer staatlichen Sportlenkung sah, haben dem Sport nur einen schlechten Dienst erwiesen. Bei objektiver Betrachtung der Spannungen zwischen den Verantwortlichen der Sportabteilung des Ministeriums und dem DSB, die jetzt in vollem Umfange zu Tage getreten sind, muß man beiden Seiten einen Teil der Schuld geben. Bei der Sportdebatte des Bundestages am 1. Dezember 1967 hatten nicht zuletzt die sozialdemokratischen Sprecher einen staatlichen Dirigismus, einen staatlich gelenkten Sport oder einen Staatsport östlicher Prägung mit Nachdruck abgelehnt. Vielmehr forderten die Sozialdemokraten ein Zusammenwirken zwischen Bund, Ländern und dem Sport. Die Vorstellungen der SPD über die Errichtung einer Sportförderungs- und Koordinationsstelle auf Bundesebene fanden weitgehendst die Zustimmung der Vertreter des deutschen Sports. Dies wurde auch bei den Ausführungen des SPD-Abgeordneten und Vorsitzenden des Innenausschusses des Bundestages, Hermann S c h m i t t - V o c k e n h a u s e n , anläßlich des Bundestages des DSB 1968 in Stuttgart deutlich. Wie in Stuttgart forderte er jetzt erneut das längst fällige Gespräch zwischen Innenminister B e n d a und dem DSB, dem man den Vorwurf nicht ersparen kann, daß er erst sieben Monate nach der Sportdebatte des Bundestages eine Fachkommission in Sachen "Bundeszentrale für Sport" mit der Ausarbeitung der Pläne für eine solche Einrichtung aus der Sicht des DSB beauftragte.

Nicht gerade glücklich verhielten sich allerdings auch die "Sportbeamteten" des Innenministeriums, die sich schließlich doch erheblich zuviel als Sportpolitiker engagierten. Die Frage nach der "Amtlichkeit" der umstrittenen Studie ist bisher offiziell immer noch nicht geklärt. Eine Stellungnahme des für die Sportpolitik der Bundesregierung verantwortlichen Innenministers wäre sicherlich geeigneter gewesen, eine Klärung herbeizuführen als der Schußwechsel "DSB kontra Sportabteilung des Innenministeriums".

Einen Beitrag zur Klarheit leistete der SPD-Abgeordnete Dr. Adolf M ü l l e r - E m m e r t , der als erster Parlamentarier reagierte und in drei dringenden mündlichen Anfragen von der Bundesregierung Auskunft über die "offiziellen Vorstellungen im Zusammenhang mit der Errichtung

einer "Bundessentrale für Sport" haben will.

Kaum war das "Arbeitspapier" des Ministerialbeamten bekannt geworden, reagierte auch das Zentralorgan der SPD "Neues Deutschland" und schob heftige Salven unter dem Motto "Bonner Politik schadet dem Sport" Richtung Bonn ab.

Wenn der Studie trotz aller "dirigistischer" Züge sowie überzogener Vorstellungen vom Aufbau und personellen Umfang ein Erfolg zugebilligt werden kann, dann ist es die Tatsache, daß sie die Notwendigkeit einer dringenden Klärung des Zusammenwirkens zwischen Bund, Ländern und DSB erneut aufgezeigt hat. Denn wer zahlt, muß auch ein Mitspracherecht haben. Nicht nur in Blickrichtung auf die Olympischen Spiele 1972 in der Bundesrepublik ist eine Koordinierung im Sport ein Gebot der Stunde. Das beweist auch das Echo aus den Reihen prominenter deutscher Sportler auf das "Kick-Hack" um die "Bundessentrale für Sport", deren Stellung der SPD-Abgeordnete Er. Müller-Emmert so definierte: "Einer zentralen Sportförderungs- und Koordinationsstelle auf Bundesebene kann nur dann zugestimmt werden, wenn zwischen den Beteiligten Einigkeit über die sachliche und fachliche Aufgabenerfüllung besteht. Unter keinen Umständen darf eine solche Einrichtung zu einem bürokratischen Verwaltungsapparat werden, sondern muß in qualifizierter Weise den Zielen des Sportes in freiwilliger Partnerschaft zwischen Bund, Ländern und dem Sport gerecht werden."

Waldeck Rochet zwischen Krenl und Kradtschin

Von Georg Scheuer, Paris

Die Reise des französischen KP-Chefs Waldeck Rochet nach Moskau und Prag wirft im Augenblick des Warschauer "Scherbengerichtes" ein Schlaglicht auf die Krise in der internationalen kommunistischen Bewegung. Die stärkste kommunistische Partei im Westen, die KPF, ist schon durch die Spaltung zwischen Moskau und Peking und durch eine Revolte in den eigenen Reihen schwer erschüttert. Die französischen Mai-Ereignisse erfüllten die Kraft einer doppelten Opposition - "ultralinks" und "liberal" - innerhalb der KPF und führten zur Wahlschlappe im Juni. Eine weitere Verschärfung des Konfliktes im sowjetischen Ostblock würde die Positionen der KPF weiter untergraben.

KPF und KPI

Waldeck Rochet hat in Moskau aber nicht hauptsächlich eigene Sorgen vorzutragen. Die KPF gehört seit langem zum engeren Führungskreis der kommunistischen Internationale und war nach dem Zweiten Weltkrieg auch Mitglied des COMINFORM-Büros, in dem sonst nur die KP Italiens und der Ostblockstaaten saßen.

Zum Unterschied von der KP Italiens wandelte die KPF jedoch unentwegt auf den Spuren des Kreals. Alle Wendungen und Schwankungen der

sowjetischen Parteiführung wurden von der französischen Kommunistenführung bis jetzt kritiklos befolgt. Nun wird diese Gefolgschaftstreue durch die neue osteuropäische Krise auf eine harte Probe gestellt.

"Kleine Entente"

Die KPF unterhält auch gerade mit den tschechoslowakischen Kommunisten besonders enge Beziehungen. Hintergrund dieses guten Verhältnisses ist die europäische Landkarte seit 1918. Es ist vielleicht kein Zufall, daß die drei kommunistischen Länder jetzt in liberaler Opposition gegen Moskau stehen - Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien -, auch die drei Mitgliedsstaaten der früheren von Paris geschmiedeten "kleinen Entente" waren, die zuerst als Bollwerk gegen sowjetische und gegen frühere deutsche Ansprüche errichtet worden war. Belgrad, Bukarest und Prag waren aus dem Ersten Weltkrieg als "Sieger" hervorgegangen und konnten auch nach den Stürmen des Zweiten Weltkrieges im großen und ganzen ihre alten Grenzen von 1918 wiederherstellen; mit Ausnahme einiger Gebiete, die von der Tschechoslowakei und von Rumänien an die Sowjetunion abgetreten werden mußten. Das nationale Selbstbewußtsein der früheren Entente ist aber trotz ideologischer Verkleidung intakt und anscheinend stärker denn je.

Die "kleine Entente" zerbrach vor einem Menschenalter, am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Frankreich bewahrte aber seine Sympathien in Prag, Bukarest und Belgrad. General de Gaulle begründet darauf ein gutes Stück seiner "gesamteuropäischen" Pläne. Die KPF, trotz einiger Zwischenfälle in die französische "nationale Gemeinschaft" eingegliedert, steht weitgehend hinter de Gaulles Außenpolitik soweit sich diese mit sowjetischen Interessen deckt. Das Verhältnis Paris-Prag-Moskau spielt dabei eine zentrale Rolle.

Test

Welche Chancen hat Waldeck Rochet nun in Moskau oder Prag gehört zu werden? Die KPF ist wohl zahlenmäßig die stärkste westeuropäische "Sektion", bewies aber immer wieder durch übertriebenen "Gefolgschaftsgeist" eine bedauerliche ideologische und charakterliche Schwäche. Darum findet sie in Moskau, ebenso wie in Prag weitaus weniger Gehör, als zum Beispiel die KP Italiens, die sich schon zu Togliattis Zeiten immer wieder durch einen gewissen Liberalismus und durch Originalität auszeichnete. Leider ist es so, daß sich die KPF bis jetzt weitaus moskauhöriger zeigt, als die kommunistischen Parteien beispielsweise Rumäniens oder der Tschechoslowakei.

Auch aus allen diesen Gründen ist Waldeck Rochet in Hraščin ein zweifelhafter Gesprächspartner und wird im Kreml kaum gehört, wenn es um Lebensfragen des kommunistischen Regimes geht. Zugleich wird der französische Kommunistenchef aber zum Kronzeugen des neuen, tschechoslowakischen Dramas, das für Westeuropa und insbesondere für Frankreich nicht ohne Folgen bleiben kann. Prag wird zum Test, nicht nur für de Gaulles Europakonzept, sondern auch für die "liberale" Glaubwürdigkeit der KPF.

M O S K A U 1968

Die Politik des Gewaltverzichts ist erst am Anfang - nicht am Ende

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

Die bruske Art, mit der der Krenl plötzlich und scheinbar unmotiviert, die Einzelheiten des Gespräches mit Bonn über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen an die Öffentlichkeit zertrümmerte, hat allen jenen Wasser auf die Mühle gegeben, denen diese Politik von Anfang an ein Dorn im Auge war. Die Forderung Moskaus, daß dieser Gewaltverzicht die völkerrechtliche Anerkennung der DDR zur Grundlage haben müsse und das vom Krenl trotz Gewaltverzichts beanspruchte Interventionsrecht scheinen die zu bestätigen, die "die vollkommene Aussichtslosigkeit von Verhandlungen" mit der Sowjetunion bei jeder Gelegenheit unterstreichen. Was sie dabei verhehlen, ist, daß sie ja nicht unschuldig daran sind, daß wir in diese Lage gekommen sind. Zu einer Zeit, als die Sowjets lebhaft an Gesprächen und Verhandlungen mit der Bundesrepublik interessiert waren zeigten sie die kalte Schulter. Heute sind wir in einer Situation, die von uns unendliche Geduld erfordert und einen mühsamen Aufbauprozess voraussetzt.

Die Sowjets des Jahres 1968 sind andere, als die des Jahres 1953, 1955 oder 1961. 1953 ging es Stalin um die Sicherung seines Lebenswerkes gegen die Gefahr von Diadochenkämpfen, die er nach seinem Tode aufkommen sah. Nach seinem Tod strebten die Nachfolger Stalins nach einer außenpolitischen Entspannung, die ihnen die innenpolitischen Konsolidierung ihrer Macht sichern sollte. 1955 glaubte die auf dem ersten Höhepunkt ihrer atomaren Macht angelangte sowjetische Staatsführung, die Bundesrepublik als Vermittler bei den USA zur Hilfe nehmen zu müssen, da man bei den damaligen Beziehungen zwischen Bonn und Washington kein Arrangement zwischen dem Krenl und dem Weißen Haus ohne die Deutschen für möglich hielt. 1961 ging es Chruschtschow um eine Verbesserung der Beziehungen zu Bonn, um damit die Friedenssehnsucht des Durchschnittssowjetbürgers als Verbündeten gegen seine innenpolitischen Gegner zu mobilisieren.

Alle diese Vorstöße sind niemals ernsthaft auf ihren Gehalt abgetastet worden. Man hat sie vielfach in einer Form zurückgewiesen, die in der Sowjetunion unfreundliche Gefühle hinterlassen mußte. Wundert wir uns heute darüber, daß die Kräfte in Moskau so sehr erstarrt sind, die das Reden und das Verhandeln mit den Deutschen in der Bundesrepublik zunächst mit erheblichen Vorbehalten ablehnen?

Immerhin haben die Gespräche über den Gewaltverzicht eines mit sich gebracht: die Sowjetunion hat deutlich zu erkennen gegeben, was sie im gegenwärtigen Zeitpunkt will. Sie hat damit die Grundtendenz ihrer Politik nicht nur gegenüber der Bundesrepublik klar akzentuiert. Auch in der übrigen Welt, im Lager ihrer Verbündeten, der Neutralen und der Gegner, ist ihr Standort nun eindeutig geklärt.

Mit ihrer Erklärung hat sie auch die Verantwortung dafür übernommen, daß in dem Bemühen um die Politik des Gewaltverzichts zunächst eine Denkpause eingetreten ist, die eine Überprüfung der bisherigen Anstrengungen und eine Neufestlegung der Strategie erforderlich macht. Dafür muß Moskau einstehen und kann nicht wie früher Bonn die Verantwortung zuschieben. Bundesaußenminister Brandt hat aber erklärt, daß

mit dem aus Moskau abgegebenen Schreckschuß die Politik des Gewaltverzichtes nicht am Ende sei. Sie kann es auch nicht sein, weil es gegen die Politik des Gewaltverzichtes nur eine Politik der Gewalt als Antwort geben kann. Wer aber möchte ihr wohl das Wort reden?

Niemand ist wohl bei dieser Politik von der Illusion ausgegangen, Moskau werde auf sie sofort mit Begeisterung eingehen. Die Sowjetunion des Jahres 1968 ist, trotz aller äußeren Macht und allen äußeren Gewichts, in einer schwierigeren Situation als die der früheren Jahre: an ihrer Spitze steht ein Führungskollektiv von reinen Technikern der Macht, das keineswegs unumstritten ist. Die Macht der Roten Armee, nicht als eine Armee bonapartistischer Abenteurer, sondern als der Wächter der "reinen Lehre" der Partei, ist gerade in der Krise in der Tschechoslowakei deutlich in Erscheinung getreten. Sie steht im engen Bündnis mit jenen Kräften, die schon lange mit Mißfallen den zäh sich ausbreitenden Liberalisierungsprozeß in den ost- und südosteuropäischen Staaten außerhalb der Sowjetunion beobachten.

Zu diesen Erscheinungen kommt noch hinzu, daß in den meisten Zentralkomitees der kommunistischen Parteien in den Ostblock-Staaten schwerwiegende Entscheidungen seit einiger Zeit immer heftiger unstritten und oft nur mit knappen Mehrheiten gefällt werden können. Hin und wieder erlebt man zwar eine vorübergehende Stärkung des orthodoxen Flügels; es ist jedoch deutlich spürbar, daß der natürliche Generationenwechsel auch in den Führungsgremien der kommunistischen Parteien bald zum Durchbruch gelangen wird.

Hinter diesen Entwicklungen steht die chinesische Drohung und die enge Verknüpfung, die in vielen jungen Ländern Kommunismus und Nationalismus eingehen und die die Lehre Lenins wie sie von den Sowjetkommunisten vertreten wird, zu verwässern droht. Nicht umsonst hat Peking immer wieder versucht, einen Keil zwischen Moskau und die DDR zu treiben, indem es den Kreml beschuldigte, die DDR in Gesprächen mit Bonn zu verraten. Daß das in Moskau Spuren hinterläßt, braucht uns nicht zu wundern.

Es wäre dennoch nichts Falscher, als nun unsererseits in die Politik des Kalten Krieges zurückzufallen oder uns in eine Politik hineintreiben zu lassen, wie sie uns von den Sowjets immer wieder unterstellt wird. Wir sollten es ihnen nicht so leicht machen, das Gespenst von der "deutschen Gefahr" wieder zu neuem Leben zu erwecken und damit ihnen die Chance zu geben, mit seiner Hilfe Maßnahmen zu rechtfertigen, die man aus eigennützigen Gründen in manchen Kreisen der Sowjetführung treffen möchte. Unsere Aufgabe kann es nicht sein, in Moskau und Ostberlin die Härtesten der Harten zu unterstützen. Unsere Aufgabe muß es sein, in beiden Städten die Kraft jener zu stärken, die den Gewaltverzicht wollen. Das ist letzten Endes nichts anderes als eine Politik der reinen Vernunft!